

# stuttgart liberal

Neues aus dem FDP-Kreisverband Stuttgart





**Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,**

wir durchleben momentan politisch bewegte Zeiten. Zeiten, in denen unser Bundesvorsitzender hart kritisiert wird. Leider kommt der größte Teil der Kritik nicht, wie zu erwarten wäre, vom politischen Gegner, sondern aus den eigenen Reihen und vom KoalitionsPARTNER. Hauptsächlich wird Guido Westerwelle für die Art und Weise seiner Aussagen angegriffen, weniger für dessen Inhalte. Ein trauriges Bild, wenn ein Politiker nicht mehr am Kern seiner Aussage gemessen wird, sondern daran, wie er seine Botschaft verpackt.

Offensichtlich möchte keiner mehr an die Auswirkungen des letzten politischen Medienprofis Gerhard Schröder zurückdenken, der seine Botschaften stets gekonnt und medienwirksam transportieren konnte – allerdings ein Chaos hinterlies. Klare Fehler, wie beispielsweise die Hartz-Gesetze, die nach Gutsherrenart installiert wurden – mit deren gerechten Korrekturen und Gesetzmäßigkeit nun wir uns als Regierungspartei befassen müssen.

Besonders gefreut hat es mich, das trotz „schmutzigem Donnerstag“, bei dem wir mit unserer Gemeinderatsfraktion beim „Küblesrennen“ in Bad

Canstatt bestens vertreten waren, mehr als 50 Mitglieder den Weg zum verkehrspolitischen Forum mit Staatssekretär Jan Mücke in den Stuttgarter Ratkeller gefunden haben. Ein spannender und sehr informativer Abend.

Auch unser Neujahrsempfang, den wir aufgrund der vielen Anmeldungen sogar in einen größeren Saal verlegen mussten, war von der Verteidigung und Fortführung unseres Kurses gezeichnet. Nach einem Grußwort vom Stuttgarter Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster bemerkten einige der Gäste: „Der wäre mit seinen Ansichten bei uns auch nicht schlecht aufgehoben“ – wie ich finde eine schöne Auszeichnung für einen CDU-Oberbürgermeister.

Eine große Freude war es mir, zahlreiche Parteifreundinnen und Parteifreunde für ihre langjährige Mitgliedschaft und Mitarbeit auszuzeichnen und zu ehren. Ein klares Zeichen dafür, dass man es bei uns gut „aushalten kann“.

Birgit Homburger, unserer Landesvorsitzenden und neue Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, ist es mit ihrer sehr emotionalen Rede gelungen, die zahlreichen Zuhörer abzuholen und nochmals klar die Ziele, sowie die bisherigen Umsetzungserfolge vor Augen zu führen. Mit einem Geschenkkorb voller „Vitaminbomben“ und langanhaltendem Applaus haben wir ihr für den Besuch und den Redebeitrag gedankt.

Beim anschließenden Umtrunk, der bis spät in die Nacht andauerte, war ausreichend Raum für politische Gespräche und Gedankenaustausch.

Den Auftrieb müssen wir nutzen und in unsere tägliche Arbeit einbringen, es stehen in diesem Jahr noch einige Punkte auf der politischen Tagesordnung in Stuttgart, daher freue ich mich auf Ihre zahlreiche Teilnahme bei der Jahreshauptversammlung.

Unterstützen Sie uns bitte mit aller Kraft!

Herzlichst Ihr Armin Serwani

**Inhalt**

- 03 Aus dem Kreisvorstand
- 05 Aus der Bundestagsfraktion
- 08 Aus der Gemeinderatsfraktion
- 10 Aus den Stadtgruppen
- 13 Neues von den Jungen Liberalen
- 14 Neues von den Liberalen Frauen
- 14 Neues von den Liberalen Senioren
- 14 Liberale Initiative Mittelstand e.V.
- 15 Personalia
- 16 Termine
- 13 Impressum

**An alle Mitglieder der Stuttgarter FDP**

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,

im Namen des Kreisvorstandes lade ich Sie gemäß § 12 unserer Kreissatzung zur **Jahreshauptversammlung am Dienstag, den 23. März 2010 um 19.30 Uhr** im Stuttgarter Ratkeller, Marktplatz 1, herzlich ein.

**Tagesordnung:**

1. Begrüßung
2. Rechenschaftsbericht des Kreisvorstandes
3. Kassenbericht des Kreisschatzmeisters
4. Kassenprüfbericht
5. Aussprache zu den Punkten 2-4
6. Entlastung des Kreisvorstandes
7. **„FDP-Landespolitik in der neuen Regierung“ mit Dr. Hans-Ulrich Rülke,** Vorsitzender der FDP/DVP Landtagsfraktion in Baden-Württemberg mit anschließender Diskussion
8. Anträge
9. Sonstiges

Nachdem wir am 10. Februar 2010 einen neuen Ministerpräsidenten bekommen haben, wird uns Dr. Rülke, ein Jahr vor der Landtagswahl, über die neue Regierung sowie über die Arbeit unserer Landtagsfraktion unterrichten.

Anträge für die Jahreshauptversammlung müssen nach § 15 der Satzung bis zum 16. März 2010 in der Kreisgeschäftsstelle eingehen.

Stimmberechtigt sind nach § 17 unserer Satzung alle Mitglieder, die ihren Beitrag bis zum vorletzten Quartalsende bezahlt haben.

Über eine rege Teilnahme von Ihnen würde ich mich sehr freuen.

Mit liberalen Grüßen

Ihr

Armin Serwani  
Kreisvorsitzender

**Antrag an die Jahreshauptversammlung der Stuttgarter FDP am 23. März 2010**

Antragsteller: Kreisvorstand der Stuttgarter FDP

Die Jahreshauptversammlung möge beschließen:

Die frühere Kreisvorsitzende der Stuttgarter FDP, Stadträtin und Fraktionsvorsitzende sowie Landtags- und Bundestagsabgeordnete **Ingrid Walz** wird zur Ehrenvorsitzenden im FDP Kreisverband Stuttgart ernannt.

Begründung: erfolgt mündlich

Armin Serwani, Kreisvorsitzender

**Ehrungen für langjährige Mitgliedschaft in der FDP**

Beim Neujahrsempfang der FDP Stuttgart konnten der Kreisvorsitzende Armin Serwani und die Landesvorsitzende Birgit Homburger persönlich den Großteil der Mitglieder, die im vergangenen Jahr Jubiläum hatten, mit der Theodor-Heuss-Medaille bzw. Ehrennadel und einer Urkunde für langjährige Mitgliedschaft in der FDP auszeichnen.

**Die FDP-Ehrennadel für 50-jährige Mitgliedschaft erhielten:**

Karl-Heinz Rübesamen, auswärtig  
Winfried Schulz, Stadtgruppe Degerloch

**Die Theoder-Heuss-Medaille in Gold für 40-jährige Mitgliedschaft erhielten:**

Walburga Exner, Stadtgruppe Stammheim  
Peter Hönig, Stadtgruppe Degerloch  
Michael Hüffner, Stadtgruppe Nord  
Hans Reinhard Schäfer, Stadtgruppe Ost

**Die Theoder-Heuss-Medaille in Silber für 25-jährige Mitgliedschaft erhielten:**

Roland Burkhardt, Stadtgruppe Weilimdorf  
Tilo Armin Schindele, Stadtgruppe Mitte  
Edelgard Schmid, Stadtgruppe Zuffenhausen  
Ingo Oliver Schnaitmann, Stadtgruppe Feuerbach  
Michael Seeger, Stadtgruppe Süd  
Heidi Wagner, Stadtgruppe Zuffenhausen  
Corinna Werwigk-Hertneck, Stadtgruppe West



**Sehr geehrte Damen und Herren,**

derzeit wird der mögliche Erwerb von Steuerdaten aus der Schweiz geprüft. Ziel dieser Maßnahme ist es, vermeintliche Steuerhinterzieher zu identifizieren und so dem Staat entgangene Einnahmen einzutreiben. Der baden-württembergische Justizminister Prof. Dr. Ulrich Goll MdL hat den Erwerb dieser Daten abgelehnt. Wie auch Justizminister Goll habe ich eine differenzierte Sicht auf den geplanten Erwerb dieser Daten. Sicher, Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt. Und Steuerhinterzieher sollten – wenn möglich – gefasst und bestraft werden. Dennoch sprechen meiner Meinung nach mehrere Gründe gegen den Erwerb der Daten. Diese möchte ich Ihnen gerne im Folgenden erläutern:

1. Die Daten sind unrechtmäßig in Besitz einer Privatperson gelangt, die diese nun veräußern will. Die Praxis der Bundesregierung, illegale Datenhändler strafrechtlich zu verfolgen, wird durch den geplanten Kauf der Steuerdaten untergraben. Stattdessen werden mehr Menschen dazu ermuntert, sich illegal Informationen zu beschaffen und diese gegen Geld weiterzuverkaufen. Herr Justizminister Ulrich Goll hat diese Praxis zu Recht bemängelt. Der Staat darf nicht dazu beitragen, den Markt für „Datendealer“ zu bestellen. Hier wagen sich die Ermittlungsbehörden in eine rechtliche Grauzone. Justizminister Goll hat völlig recht, wenn er eine genaue Prüfung aller Sachverhalte fordert und für den Erwerb solcher Daten keine Steuergelder ausgeben möchte.

2. Strafverfolgung darf in Deutschland nicht durch Dritte gesteuert werden. Sie muss sich auf die Ermittlungen offizieller Behörden stützen. So ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht klar, ob sich der Datenlieferant auch von weiteren Steuerhinterziehern dafür bezahlen lässt, belastende Informationen zu unterschlagen.

3. Entscheidend für mich ist jedoch eine grundsätzliche Erwägung. Die erworbene Liste brandmarkt alle Menschen, die darauf vermerkt sind, als Steuersünder. Dies ist nicht zwangsläufig korrekt. Die Menschen auf dieser Liste haben nur zwei Gemeinsamkeiten. Sie sind deutsche Staatsbürger. Und sie besitzen ein Konto in der Schweiz. Aus diesen Sachverhalten einen kriminellen Tat-

bestand abzuleiten, halte ich für dreist. Wie bereits erwähnt, ist nicht klar, ob alle Menschen auf dieser Liste tatsächlich Steuerhinterziehung begangen haben. Wenn nun aber die Opposition – und am lautesten Bündnis 90/ die GRÜNEN – Gerichtsprozesse und Aburteilung dieser Personen fordert, so verstößt dies gegen einen wichtigen Rechtsgrundsatz: Die Unschuldsvermutung. Jeder Mensch gilt so lange als unschuldig, bis das Gegenteil bewiesen ist. Wenn Claudia Roth proklamiert, dass jeder auf dieser Liste vermerkte seine Unschuld in einem Gerichtsverfahren beweisen könne, dann bricht sie mit diesem Grundsatz. Von der Bürgerrechtspartei Bündnis90/ die GRÜNEN hätte ich Besseres erwartet.

Diese Aspekte sind für mich entscheidend, wenn ich die Ablehnung des Datenkaufs fordere. Anständige Menschen dürfen nicht vorverurteilt werden, Steuergelder dürfen nicht auf vage Versprechen hin Verbrechern zur Verfügung gestellt werden. Justizminister Goll hat völlig zurecht den Ankauf der Daten in Stuttgart unterbunden. Ich hoffe, dass dies ein Signal für alle anderen Bundesländer ist.

**Zu den Äußerungen von Bundesumweltminister Norbert Röttgen über den Atomausstieg.**

Bundesumweltminister Norbert Röttgen hatte gefordert, dass die deutschen Kernkraftwerke abgeschaltet werden, wenn der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung in Deutschland mindestens 40 Prozent beträgt. Grundsätzlich finde ich es gut, wenn der Bundesumweltminister von einer langfristigen Abschaltung der Kernkraftwerke ausgeht. Die Kernenergie ist eine Brückentechnologie, bis sie durch erneuerbare Energien ersetzt werden kann. Dabei muss die Energieversorgung Deutschlands jedoch weiterhin gesichert sein, und zwar

- umweltfreundlich
- verlässlich und
- zu bezahlbaren Preisen.

Sollten diese Bedingungen auch für den Bundesumweltminister gesetzt sein, stellt sich für mich die Frage, ob das BMU über Wissen verfügt, das der FDP nicht bekannt ist?

Aus unserer Sicht stellen sich die Probleme bisher nämlich wie folgt dar:

**1. Wie wird die Versorgungssicherheit Deutschlands mit Strom aus erneuerbaren Energien gewährleistet?**

Der Strommix in Deutschland setzt sich zusammen aus Kernenergie, Braun- und Steinkohle so-

wie Erdgas, Windkraft, Wasserkraft und sonstigen Energieträgern (Biomasse, Solarenergie, Geothermie und Strom aus Mineralölkraftwerken und Grubengas). Die erneuerbaren Energien tragen rund 15 Prozent zur Stromversorgung bei. Hier der Anteil der erneuerbaren Energieträger im Detail:

#### wetterunabhängige Energieträger

Wasserkraft 3,3%  
Biomasse 4,4%  
Geothermie 0,003%

#### wetterabhängige Energieträger

Windenergie 6,6%  
Sonnenenergie 0,7%

(Quelle: BMU, Erneuerbare Energien in Zahlen, Dezember 2009)

In Zukunft könnte die Stromversorgung der privaten Haushalte gegebenenfalls durch erneuerbare Energien erfolgen. Es gibt in Deutschland darüber hinaus jedoch industriellen Kerne, in denen die Schwer- und Grundstoffindustrie (Zement, Aluminium, Papier etc.) ansässig ist. Diese Branche beschäftigt in Deutschland allein rund eine Million Arbeitnehmer. Die Unternehmen dieser Branche benötigen erheblich mehr Strom, als durch Erneuerbare erzeugt werden kann. Und sie benötigen ihn - genauso wie z.B. Krankenhäuser, Flughäfen und die Bahn - rund um die Uhr. Die Fähigkeit zur Rund-um-die-Uhr-Stromversorgung haben nur die Energieträger, die grundlastfähig sind, also konstant, störungsfrei und witterungsunabhängig Strom liefern können. Als grundlastfähige Energien gelten in Deutschland derzeit Kernenergie, die zu 49 Prozent zur Rund-um-die-Uhr-Stromversorgung beiträgt, sowie Braunkohle (46 Prozent) und Laufwasser (6 Prozent). Bei den erneuerbaren Energieträgern, die wetterabhängig sind, werden die meteorologisch bedingten Schwankungen in der Strombereitstellung schon heute abgefangen. Hierzu nutzt man sogenannte „Schattenkraftwerke“ (Kohle- oder Gaskraftwerke), die zum Beispiel in Windflauten anspringen, um das Stromnetz stabil zu halten und die Stromversorgung zu gewährleisten. Hinter jedem Windpark und hinter jeder Solarstromanlage steht derzeit also immer ein „Schattenkraftwerk“. Um diese „Schattenkraftwerke“ überflüssig zu machen, müssen die erneuerbaren Energien grundlastfähig werden. Dazu muss z.B. an hochleistungsfähigen Energiespeichern geforscht werden, die den Windstrom in Starkwindzeiten speichern und bei Flaute abgeben können. Hier sind noch erhebliche Forschungsanstrengungen notwendig.

Es würde mich freuen, wenn Minister Röttgen über Erkenntnisse verfügt, wie die erneuerbaren Energien mittelfristig grundlastfähig werden. Andernfalls würde sein Vorschlag keine ökologische Energiewende, sondern nur den Ausbau fossiler Großkraftwerke bedeuten.

#### 2. Wie gelingt die Integration der Erneuerbaren Energien ins Stromnetz?

Das deutsche Stromnetz wurde in den 1950er Jahren so konzipiert, dass der Strom von wenigen Ballungszentren in Deutschland auf die Fläche des Landes verteilt werden konnte. Mit dem verstärkten Ausbau der erneuerbaren Energien stehen wir vor einem Wechsel im Energiesystem: Die vielen kleinen Energieerzeuger (Windräder, Solaranlagen auf Hausdächern, Biomassekraftwerke etc.) speisen ihren Strom in das Netz ein. Die Netzbetreiber in Deutschland sind dazu verpflichtet, die produzierten Strommengen aus erneuerbaren Energien immer dann abzunehmen und ins Netz einzuspeisen, wenn sie anfallen. Und da bei den wetterabhängigen erneuerbaren Energien nicht genau vorhersehbar ist, wann der Strom anfällt, muss das Netz immer auf die größtmögliche erwartete Leistung hin ausgelegt werden. Bedeutende Windenergiekapazitäten, die sich größtenteils im Norden Deutschlands befinden, z. B. die geplanten Offshore-Windparks vor der deutschen Nord- und Ostseeküste, müssen in die Netze eingebunden werden. Wichtige Verbrauchschwerpunkte befinden sich jedoch im Süden Deutschlands. Dies macht in den nächsten Jahren erhebliche Netzausbau- und -verstärkungsmaßnahmen erforderlich.

Das heutige Stromnetz erreicht in Teilen bereits heute seine Kapazitätsgrenzen. Soll es in Zukunft die zwei- bis dreifache Menge Strom aus erneuerbaren Energien aufnehmen, droht Instabilität und es könnte zu Stromausfällen kommen. Die Deutsche Energieagentur (dena) hat 2005 errechnet, dass bis 2050 rund 850 km Höchstspannungsnetz (380 kV-Ebene) neu gebaut werden müssen, um auf veränderte Strukturen zu reagieren.

Aber welche Kosten werden dafür anfallen und wer hat diese zu tragen? Nach dem Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) sind derzeit die Betreiber von Energieversorgungsnetzen verpflichtet, ein sicheres, zuverlässiges und leistungsfähiges Energieversorgungsnetz zu betreiben. Sie sind außerdem dazu verpflichtet, es auf eigene Kosten bedarfsgerecht zu optimieren, zu verstärken und auszubauen.

Die Netzbetreiber haben bereits angekündigt, in den nächsten Jahren 40 Milliarden Euro in die Netzentüchtigung zu investieren. Ob das ausreicht,

hängt aber entscheidend davon ab, welche Art der Energieversorgung in Deutschland zukünftig gewollt ist – ein zentrales Versorgungssystem wie bisher oder viele dezentrale kleine Einheiten, von denen der Strom bis zum Verbraucher transportiert wird.

Solange darüber keine Klarheit herrscht, fehlt die Planungssicherheit für zukünftige Investitionen. Die Netzbetreiber sind zudem nach dem EnWG dazu verpflichtet, alle dezentralen Erzeugungseinheiten an das öffentliche Stromnetz anzuschließen. Den Aufwand dafür müssen sie allein tragen. Ist diese einseitige Verteilung zulasten der Netzbetreiber bei einem gewollten Systemwechsel noch gerecht?

#### 3. Können die deutschen Klimaschutzziele mittelfristig ohne Kernenergie erreicht werden?

Schließlich muss bei der Diskussion um die Abschaltung von Kernkraftwerken beachtet werden, dass Deutschland auf internationaler Ebene Klimaschutzverpflichtungen eingegangen ist. Die deutsche Bundesregierung will bis zum Jahr 2020 40 Prozent der Treibhausgase gegenüber 1990 einsparen. 21 Prozent haben wir bis 2008 geschafft. Ein Großteil der Einsparungen – nämlich 15 Prozent - sind allein auf den Zusammenbruch der DDR-Braunkohlewirtschaft zurück zu führen. Gleichzeitig steigt der Strombedarf an. Bis 2025 rechnet der Verband der Elektro- und Informationstechnik VDE mit einer Steigerung des Strombedarfs um 30 Prozent. Wie kann trotz Anstiegs des Stromverbrauches aber der CO<sub>2</sub>-Ausstoß reduziert werden? Derzeit kann der Strombedarf außer mit Kernenergie nur mit Kohle- und Gaskraftwerken in großem Maßstab gedeckt werden. Möchte man Kernenergie nicht mehr, muss man also fossile Großkraftwerke bauen. Nach Berechnungen der Deutschen Energieagentur (dena) benötigen wir bis 2020 dann 15 dieser Großkraftwerke. Sie werden erheblich mehr CO<sub>2</sub> ausstoßen als die vom Netz gegangenen Kernkraftwerke.

Eine Möglichkeit, Kohlekraftwerke umweltfreundlicher zu machen, könnte die CCS-Technologie sein. CCS steht für „Carbon Capture and Storage“, also CO<sub>2</sub>-Abscheidung und Speicherung. Diese Technologie befindet sich jedoch noch im Forschungsstadium – 2015 sollen zunächst Pilotanlagen ans Netz gehen. Die großtechnische Anwendung von CCS zur kommerziellen Stromerzeugung liegt jedoch noch in weiter Ferne. Neben technischen Fragen sind die rechtlichen Rahmenbedingungen noch völlig unklar. So weiß man bisher nicht, auf welcher gesetzlichen Grundlage das Kohlendioxid unterirdisch gespeichert werden soll und wo sol-

che Lagerstätten in Deutschland liegen könnten. Fakt ist: Bisher gibt es keinen umweltfreundlichen Ersatz für Kernenergie, der die Energieversorgung im selben Maßstab sicher stellt. Daher sollte man die Frage der Abschaltung deutscher Kernkraftwerke sachlich und mit aller Gründlichkeit diskutieren.

Dazu gehört neben Sicherheitsfragen dieser Technologie unbenommen die Frage der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle. Sie ist tatsächlich noch nicht gelöst. Das liegt aber daran, dass die Regierungen der letzten 12 Jahre lediglich Stillstandspolitik betrieben haben, statt konkrete Antworten zu suchen. Auch die Forschungsgelder für diesen Bereich wurden seit 1998 drastisch zurück gefahren. Die FDP ist daher für die Aufhebung des Gorleben-Moratoriums, damit die Endlagerung der bereits existierenden Abfälle endlich gelöst wird. Bei der Frage der weiteren Nutzung der Kernenergie muss man sich letztlich entscheiden zwischen zwei Alternativen des Umweltschutzes: demjenigen ohne Kernkraftwerke und damit zukünftig weniger radioaktivem Abfall. Und demjenigen, der durch Weiterbetrieb der CO<sub>2</sub>-freien Kernkraftwerke einen Beitrag zum Klimaschutz leistet.

#### Fazit

Wenn Deutschland weiterhin ein Industriestandort bleiben soll, dann muss ein Konzept für eine umweltfreundliche, verlässliche und bezahlbare Energieversorgung erarbeitet werden. Pläne für einzelne Aspekte der Debatte noch vor Vorlage dieses Energiekonzepts zu diskutieren, halte ich für verfrüht.

Die Bundesregierung hat sich vorgenommen, bis zum Herbst 2010 dieses Energiekonzept zu erarbeiten. Wenn sich dann herausstellt, dass die Pläne von Umweltminister Röttgen realisierbar sind, ist die FDP gern bereit, diese mitzutragen.

## Amtsblattbeiträge

### Grüne Belastungsschraube

Mit Entsetzen stellen wir Liberale fest, dass die Grünen weiterhin kräftig an der Belastungsschraube für Stuttgarter Unternehmen drehen wollen. Unter dem Deckmantel der Kulturförderung sollen bei der Stuttgarter Hotellerie 6 Mio. € pro Jahr eingesammelt werden. Im von der öko-linken Mehrheit kürzlich beschlossenen Haushalt besteht im Kulturretat für das Jahr 2011 jedoch eine Unterdeckung von lediglich 450.000 €. In Stuttgart sind 70 % der Übernachtungen Firmenkunden, die das Kulturangebot kaum in Anspruch nehmen können. Mit der Bettensteuer sollen wieder Leistungsträger zur Kasse gebeten werden. Aus dem grünen Lager im Gemeinderat wird angeführt, dass Stuttgart somit einen Ausgleich für die ungerechte Mehrwertsteuer-senkung der Branche schaffe. Bereits in Vergessenheit geraten ist, dass die Mehrwertsteuer-senkung von allen Parteien gefordert wurde. Fakt ist: Die Mehrwertsteuersenkung soll den finanziellen Spielraum für Investitionen wie z.B. energetische Sanierungen vergrößern und zudem die Beschäftigung für qualifiziertes Personal sichern.

### Familiencard

Die Familiencard stellt ein wichtiges sozialpolitisches Instrument der Stadt Stuttgart dar. Rund 53.000 Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren erhalten einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 60 Euro um so an kulturellen, sportlichen und schulischen Angeboten teilzunehmen. Da die bisherige Kartenfirma „Sodexo“ ihren Dienst einstellt, muss die Familiencard neu aufgelegt werden. In diesem Zusammenhang wird deutlich, dass diese wichtige Freiwilligkeitsleistung – neben dem konkreten Auszahlungsbetrag – weitere Kosten verursacht. Wir Liberale meinen deshalb, es sollte nicht nur der Auszahlungsbetrag der Familiencard wahrgenommen werden, sondern auch der Aufwand, der für eine ordnungsgemäße Umsetzung dieser Leistung notwendig ist. Um eine vollständige Information darüber zu erhalten, wie hoch der Aufwand der Stadt Stuttgart für die Familiencard tatsächlich ist, haben wir nun eine Anfrage an die Verwaltung gestellt. Uns interessiert beispielsweise mit welchen Kosten die Stadt durch die neue Kartenfirma rechnen muss und wie hoch die Personalkosten für die Bearbeitung der Familiencard sind.

### „Todeszone Stuttgart“

Auch wir wollen eine Luft in der Stadt, in der es sich leben und arbeiten lässt. Doch sollte bei der Feinstaubdiskussion die Kirche im Dorf bleiben, so

wie die Autos eben in der Stadt bleiben müssen, sonst erlahmt oder stirbt das Leben in der Stadt. Wir Liberale sehen die Umweltzone als „Zonengrenze für Touristen und Auswärtige“, die nur mit einer Plakette in die Stadt fahren dürfen und als „Todeszone“ für Gewerbetreibende. Gerade für so manchen Gewerbetreibenden in und um Stuttgart wird das Jahr 2010 wohl das Ende seiner Existenz bedeuten, wenn er ab Juli mit seinem mit roter Plakette stigmatisierten Fahrzeug ausgesperrt wird. Denn oftmals scheitert es – wie bei den Privaten auch – am notwendigen Geld für ein neues Fahrzeug.

Und die Banken sind gerade bei der Mittelstandsfinanzierung nicht gerade großzügig. Auch viele Schausteller beispielsweise könnten so, bedingt durch Aussperrung ab 2010, ihre Reisetätigkeit nicht mehr aufnehmen und so mancher Festplatz bliebe leer. Man denke nur mal an den Weihnachtmarkt und den Cannstatter Wasen...

### Eigenbeitrag der Kultur

Viele Stuttgarter Kulturinstitutionen haben Mitgliedsvereine, die ihre Arbeit begleiten. Wie in allen Vereinen genießen die Mitglieder auch hier gewisse Vergünstigungen, um so eine Mitgliedschaft attraktiv zu gestalten (z. B. vergünstigter oder kostenloser Eintritt bei einzelnen Veranstaltungen, günstigere Abos o. ä.) Dass solche Vereine sinnvoll sind, das Interesse von Bürgerinnen und Bürger an kulturellen Einrichtungen wecken, steht für uns Liberale außer Frage. Allerdings ist im Rahmen der Diskussionen über die Kulturförderung der Stadt in den letzten Monaten auch deutlich geworden, dass die Mitgliedschaft in diesen kulturellen Vereinen in der Regel sehr günstig ist oder zum Teil sogar kostenfrei. Angesichts der Tatsache, dass die Stadt die kulturellen Einrichtungen – trotz schwieriger Finanzlage – vielfältig und in durchaus beachtlichem Maße mit Steuermitteln unterstützt, sollten die Kulturinstitutionen aber auch selbst daran arbeiten, ihre Einnahmesituation zu verbessern und vorausschauend wirtschaften. Ein solcher Eigenbeitrag ist aus unserer Sicht auch im Bereich von Kulturvereinen dringend anzustreben.

## Anträge der FDP-Gemeinderatsfraktion

### Wintersport in Stuttgart

Der diesjährige Winter war in Stuttgart relativ kalt und schneereich, mit langer Frostphase. Ideale Temperaturen für zahlreiche Wintersportaktivitäten im Freien.

Schade, dass viele Möglichkeiten nicht nutzbar waren. So war z.B. der Lindenbachsee in Weilimdorf zwar wochenlang zugefroren, aber nicht – trotz geeigneter Eisdicke – freigegeben. In Silenbuch wurde sogar die traditionelle Schlittenwiese unterhalb des Friedhof aufgeforstet. Beispiele derer gibt es viele.

Wenn in Stuttgart solche Wintersportmöglichkeiten besser und zuverlässig zugänglich gemacht werden, könnten sich die Stuttgarterinnen und Stuttgarter vor Ort besser am Winter vergnügen – zahlreiche Kinderherzen wären glücklich. Dies animiert die Bevölkerung zu mehr Bewegung und sie lernen Stuttgart auch von einer anderen Seite kennen.

Wir beantragen daher:

Die Verwaltung möge prüfen, wo auf Stuttgarter Gemarkung künftig weitere Wintersportmöglichkeiten ohne großen Aufwand zugänglich sind und risikolos angeboten werden können, zudem sollten bestehende Flächen gepflegt werden.

### Neues Werbekonzept für Stuttgart

#### – step by step

Stuttgart braucht ein neues Werbekonzept. Bevor jedoch eine Gesamtstrategie für die Landeshauptstadt platziert werden kann, sollten Unterkonzeptionen definiert werden – dies insbesondere in Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat. So brauchen wir dringend eine Kunst- und Kulturkonzeption, das Gleiche gilt für den Sport.

Der Standort Stuttgart ist als Medien- und Werbestandort international renomiert. Daher verwundert es, dass für ein neues Stuttgarter Werbekonzept eine Agentur aus Berlin beauftragt werden soll. Dies kommt einer Schwächung des eigenen Standortes gleich – wir können alles – ausser Werbung!

Wir beantragen daher:

1. Die Verwaltung erstellt Unterkonzeptionen und Ziele für ein neues Werbekonzept, die dem Gemeinderat zur Diskussion vorgelegt werden.
2. Anschliessend wird eine entsprechende Werbeagentur beauftragt. Wunsch wäre aus der Region Stuttgart.

### Werbeflyer Stuttgart Marketing bei CMT 2010

Die CMT 2010 war ein Riesenerfolg. Steigende Aussteller- und Besucherzahlen – und das im wirtschaftlich schwierigen Umfeld. Auch die Landeshauptstadt Stuttgart nutze die Möglichkeit sich zu präsentieren.

Es gab drucktechnisch schöne Flyer, z.B. vom Stuttgarter Weinwanderweg. Nur schade, dass bei beiden Flyern des Weinwanderweges keine aktuelle Version, sondern der alte aus 2009 auslag, natürlich mit den Terminen des vergangenen Jahres.

Ob Weingut der Stadt Stuttgart, Weingärtnergenossenschaften oder private Weinbaubetriebe, alle leisten einen sehr guten Beitrag, um Stuttgart als Hauptstadt des Weines zu präsentieren – dies sollte anders vermarktet werden.

Wir beantragen daher:

Ob Stuttgart Marketing oder andere Repräsentanten der Stadt, alle sollten künftig garantieren, dass kein veraltetes Werbematerial ausgegeben wird. Unverständlich, wenn man auf der CMT 2010 Termine aus dem Jahr 2009 bewirbt.

### Umwandlung von Dienstwohnungen in funktionsgebundene Werkmietwohnungen

Mit GRDRs. 1086/2009 hat der Gemeinderat beschlossen, Dienstwohnungen in funktionsgebundene Werkmietwohnungen umzuwandeln. Mit dieser Maßnahme sollen jährlich ca. 300.000 Euro eingespart werden.

Die CDU/FDP-Landesregierung hat eine solche Umwandlung ebenfalls im November 2007 beschlossen. Allerdings hat das Land sich entschieden, die Miete auf dem Niveau der Dienstwohnungsvergütung bis zum 1. Januar 2011 einzufrieren, um somit den Mietpreis für diesen Zeitraum zu binden.

Wir Liberale halten diese Lösung für fair und appellieren an die Stadtverwaltung als Vermieterin ebenfalls fair und verlässlich mit den Mietern umzugehen.

Wir beantragen daher:

Die Stadt verfährt bei der Umsetzung der Umwandlung ihrer Dienstwohnungen in funktionsgebundene Werkmietwohnungen analog der Landesvorschrift.

**Stadtgruppe Nord**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Mitglieder und Freunde,

hiermit lade ich Sie herzlich ein zur

**Stadtgruppensitzung der Stadtgruppe Nord  
am Montag, 08. März 2010, 19.30 Uhr**

im Restaurant Il Capriccio,  
Presselstr. 23, 70191 Stuttgart

Als Tagesordnung schlage ich vor:

- Begrüßung und Wahl eines Protokollführers für die Sitzung
- Aktuelle halbe Stunde
- Informationen aus dem Kreisverband und dem Gemeinderat
- Nachwahl einer Stellvertreterin / eines Stellvertreters für den Bezirksbeirat
- Termine
- Verschiedenes

Als Gast dürfen wir an diesem Abend Herrn Dr. Oechsner, Mitglied der FDP-Gemeinderatsfraktion, begrüßen.

Ich freue mich auf Ihre Teilnahme und einen interessanten Abend!

Freundliche Grüße

Charlotta Eskilsson

**Stadtgruppe Ost****Antrag**

Die Fraktion der Freien Demokratischen Partei im Bezirksbeirat Stuttgart-Ost beantragt, der Bezirksbeirat möge beschließen, die Landeshauptstadt Stuttgart wird aufgefordert, die Lärmaktionsplan der Landeshauptstadt Stuttgart 2009 vom Oktober 2009 unter Nr. 6.2.8 20 H (s. 115ff.) vorgesehenen Maßnahmen zur Verminderung des verkehrsbedingten Lärmpegels im Bereich Pischekstraße zwischen der Einmündung Payer-/Gänsheide-/Albert-Schäffle-Straße und Geroksrue, insbesondere die Verringerung von zwei auf einen Fahrstreifen je Richtung, umgehend umzusetzen.

Begründung:

Wie hinlänglich bekannt, geht eine übermäßige Lärmbelastung mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Gefahren einher.

Im Bereich der Pischekstraße zwischen der Payerstraße und der Geroksrue treten hohe Lärmpegel auf. Diese werden nicht zuletzt dadurch verursacht, dass der Ausbauzustand mit zwei breiten Fahrstreifen je Richtung und einem abgeteilten Gleisblock zu überhöhten Geschwindigkeiten des Kraftfahrzeugverkehrs verleiten. Es wurden schon Geschwindigkeiten bis zu 100 km/h gemessen. Die hierdurch verursachten Geräusche werden dabei noch von den an der West- oder Talseite der aufgeständerten Straße befindlichen Brüstungsverglasungen zur Ostseite hin und der dort befindlichen Wohnbebauung reflektiert, so dass die dortige Lärmbelastung nochmals gesteigert wird.

Der Lärmaktionsplan sieht unter anderem vor, nur noch einen Fahrstreifen je Richtung für den fließenden Verkehr vorzusehen. Diese Maßnahme kann zu deutlich verringerten Geschwindigkeiten und damit verringerter Lärmbelastung führen. Der zu sperrende (äußere) Fahrstreifen kann für den ruhenden Verkehr genutzt werden und somit auch die Parksituation in der Umgebung entlasten. Diese Maßnahme kann mit verhältnismäßig geringen Mitteln umgesetzt werden. Auch eine eventuelle spätere Rücknahme bei erwiesener Wirkungslosigkeit wäre ohne erneute Baumaßnahmen möglich.

Weiterhin sollten die Ampelschaltungen im gesamten Verlauf Jahnstraße/Pischekstraße/Planckstraße sowie den abzweigenden und einmündenden Straßen so aufeinander abgestimmt werden, dass ein möglichst gleichmäßiger Verkehrsfluss gegeben ist. Hierzu kann weiter geprüft werden, ob Geschwindigkeitsempfehlungen angezeigt werden. Ein gleichmäßiger Verkehrsfluss führt zu erheblich geringeren Lärm- und Schadstoffemissionen, da diese verstärkt durch häufiges Beschleunigen, Verzögern und Warten hervorgerufen werden.

FDP-Fraktion  
im Bezirksbeirat Stuttgart-Ost  
Tobias Kretschmer

**Stadtgruppe Plieningen-Birkach**

Sitzung der Stadtgruppe am 11.02.2010  
im MonTero, Schönberg

1. Da unser bisheriger Schatzmeister Bernd Lindemann aus beruflichen Gründen Stuttgart verlassen wird, war eine Neuwahl nötig. Seine Nachfolge tritt Christian Riedel an, bisheriger Kassen-/Rechnungsprüfer, der als einziger Kandidat in geheimer Wahl einstimmig gewählt wurde. Als neue

Kassen-/Rechnungsprüferin wurde Ines Kirsten Binder ebenfalls einstimmig gewählt. Der Stadtgruppenvorsitzende Alexander Brecht dankte Bernd Lindemann für seinen Einsatz in der Stadtgruppe und wünschte ihm alles Gute in seinem zukünftigen neuen Wirkungskreis.

2. Zum Thema „Bildung, Schulen“ wurde zunächst der Schwerpunkt „Werkrealschule“ aufgegriffen. Einführend informierte unser Gast Harald Paulsen, parlamentarischer Berater der FDP-Landtagsfraktion, umfassend über die neue Werkrealschule, die flächendeckend eingeführt wird. Anschließend wurde eingehend die Situation der einzügigen Hauptschule in Plieningen diskutiert, die auf eine Kooperation mit einer anderen einzügigen Hauptschule angewiesen ist, um die Voraussetzungen für eine Werkrealschule zu erfüllen. Hier laufen z. Zt. Gespräche, die sich aber äußerst schwierig gestalten. Als zweiter Schwerpunkt wurde das 8-jährige Gymnasium behandelt, dessen Akzeptanz ja zu wünschen übrig lässt. Hierzu ist festzuhalten, dass sowohl handwerkliche Fehler gemacht als auch unzureichend kommuniziert wurde.

Die nächste Sitzung der Stadtgruppe:  
11.03.2010, 19:30 Uhr, Zehntscheuer Plieningen.

Alexander Brecht

**Stadtgruppe Sillenbuch****Einladung zur FDP-Stadtgruppensitzung am  
Donnerstag den 25.02.2010**

Liebe Parteifreundinnen,  
liebe Parteifreunde,  
liebe Sympathisanten,  
unseren Neujahrsempfang mit Herrn Prof. Dr. Burghof können wir wieder als einen erfolgreichen, gelungenen Abend verbuchen. Unsere jungen Künstler aus dem Eberhard-Ludwigs-Gymnasium sorgten für einen heiteren, festlichen Rahmen. Bei unserer SG-Sitzung können wir den Abend noch einmal Revue passieren lassen.

Donnerstag, den 25.02.2010 ab 19:00 Uhr  
Besprechungsraum IBF, Bernsteinstr. 120

Tagesordnung:

- Nachlese Neujahrsempfang
- Allgemeines
- Veranstaltungen planen: z.B. Bürger treffen Berlin ( Bundestagsabgeordnete)
- Wie bekommt unser Schatzmeister Spenden?

- Gemeinsam nächste Sitzungstermine planen: Datum und Örtlichkeit

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Dieter Franz

**Stadtgruppe West**

Protokoll der Stadtgruppensitzung  
FDP-Stadtgruppe West vom 28.01.2010

Teilnehmer: Sibel Yüksel, Soraya Daghaj, Michael Klann, Günter Bürkle, Helmut Reusch, Ralf Hempel, Günter Braun, Tom Eich, Amadeus Luz, Alexander Diem, Jürgen Brucker

TOPS:

01. Begrüßung
02. Wahl eines Protokollführers
03. Bericht aus dem Gemeinderat
04. Bericht aus dem Bezirksbeirat
05. Jahresfahrplan, Schwerpunkte
06. Fragebogen: Einzelhandel im Westen
07. Planung der nächsten Stadtteilwanderung
08. Finanzielle Situation der Stadtgruppe
09. Kontaktseite der Stadtgruppe im Schaukasten
10. Weitere Termine
11. Sonstiges

1. Begrüßung  
Sibel Yüksel eröffnet die Sitzung, begrüßt die Teilnehmer
2. Wahl eines Protokollführers  
Michael Klann
3. Bericht aus dem Gemeinderat  
Entfällt
4. Bericht aus dem Bezirksbeirat  
Helmut Reusch und Sibel Yüksel berichten:
  - Vorstellung der Strukturdaten des Stuttgarter Westens
  - Bevölkerungszunahme und -Verjüngung durch Geburten- und Wanderungsüberschuss
  - Mangel an Hortplätzen (nur 22 %). Dies ist kleiner als die Zielsetzung der Stadt (40 %) – und der Bedarf dürfte noch deutlich darüber hinausgehen! Zudem führen die aktuellen Entscheidungen im Haushaltsplan zu einer möglichen Kürzung der Angebote der beiden Kirchen.
  - Mangel an Spielplätzen (aber nicht in den Randgebieten)
  - Nahverkehr, Einzelhandel, etc. sind im Großen und Ganzen gut.
  - 3 nichtbenötigte städtische Grundstücke

- stehen zum Verkauf
  - Reusch lehnt den Verkauf von 2 zentralen Grundstücken ab, da eine Nutzung – z.B. als Hort – möglich wäre
  - Parkraummanagement
  - 2 Info-Veranstaltungen: (2.3.2010 für Handwerker, 16.3.2010 für Anwohner)
  - Rosenbergkirche: Verkleinerung. Es entsteht ein Mehrgenerationenhaus mit Tiefgarage (mit zusätzlichen Stellplätzen auch für weitere Anwohner)
  - Polizeirevier Gutenbergr.
  - Problem mit Zufahrt (nur eine!)
  - Anwohner beklagen zudem einen fehlenden Zugang/Zufahrt zu ihren Wohnungen nach den neuesten Plänen
  - Bebauungsplan Nordhang Karlshöhe/Hasenbergsteige.
  - Freihalten wegen Frischluftschneise
  - keine exotische Bepflanzung
5. Jahresfahrplan, Schwerpunkte
- Parkraummanagement ==> Christoph Hoelzel
  - Olgäle/Stuttgart 28
  - Bauherrngemeinschaften
  - >> Stadtrundgang zu Stuttgart 28
  - Kitas
  - wie hat die FDP-Fraktion abgestimmt?
  - Bezüglich Zuschuss für die Kirchen
  - In wie weit decken sich die Ausbaupläne im Doppelhaushalt mit dem Bedarf im Westen
  - Herr Braun erwähnt, dass die städtischen Kindergärten/Kitas sehr luxuriös eingerichtet werden.
  - Jugendförderung?
6. Fragebogen: Einzelhandel im Westen
- Es existiert ein Gutachten der Stadt (siehe E-mail von Sibel Yüksel vom 29.01.2010)
- ToDo: Unsere Ziele festlegen (z.B. „Einzelhandel stärken“), Brennpunkte herausfinden, Fragebogen mit einer Aussage dass wir uns für ... einsetzen erstellen und verteilen (per Post oder persönlich – es geht nicht über den BDS wegen der Parteilichkeit).
7. Planung der nächsten Stadtteilwanderung
- Rund um das Gebiet des Stadterneuerungsprogramms Stuttgart 28, Start: Bismarckplatz, Marktbrunnen. 10.4.2010, 09:30. Titel muss noch gefunden werden.
8. Finanzielle Situation der Stadtgruppe
- Zuschuss des Kreisverbands erfolgt in Kürze

9. Kontaktseite der Stadtgruppe im Schaukasten
- Dringend Erneuern!
10. Weitere Termine
- nächste Stadtgruppensitzung am 18. Februar 2010 um 19.30 Uhr
- Neujahrsempfang des Kreisverbands am 12.02.2010
11. Sonstiges
- Veranstaltungsliste:
- 12.02.2010 Neujahrsempfang des Kreisverbands
- 18.02.2010 Stadtruppensitzung
- 02.03.2010 Info: Parkraummanagement für Handwerker
- 16.03.2010 Info: Parkraummanagement für Anwohner
- 10.04.2010, 09:30 Stadtteilrundgang Rund um das Gebiet des Stadterneuerungsprogramms Stuttgart 28, Start: Bismarckplatz, Marktbrunnen
- Arbeitsauftragsliste:
- Sibel:
- wie hat die FDP-Fraktion abgestimmt?
  - Bezüglich Kita-Zuschuss für die Kirchen
  - In wie weit decken sich die Ausbaupläne im Doppelhaushalt mit dem Kita-Bedarf im Westen
  - Jugendförderung?
  - Olgäle und Bauherrngemeinschaften: gemeinsame Veranstaltung mit der Gemeinderatsfraktion
  - Info-Busfahrt durch den Westen?
- Christoph:
- Parkraummanagement: Infos und Infoveranstaltung?
- Eva:
- Aushang aktualisieren!
- Stadtteilwanderung**
- Arbeitstitel „Rund um das Gebiet des Stadterneuerungsprogramms Stuttgart 28“
- Samstag, 10.04.10, 9:30
- Treffpunkt: Bismarckplatz Marktbrunnen

### Junge Liberale wünschen sich mehr Schwaben im Gemeinderat

Der Kreisverband der Jungen Liberalen Stuttgart bestätigte am Mittwoch, dem 24.02.2010, bei der Jahreshauptversammlung den Schüler Sebastian Gratz (18) in seinem Amt als Kreisvorsitzender in Stuttgart.

In seiner Rede übte Gratz jungliberale Kritik am neuen Doppelhaushalt, der vor wenigen Wochen verabschiedet wurde. „Streichvorschläge kategorisch abzulehnen, Steuern zu erhöhen und Schulden zu machen ist ideenlos, rückwärtsgewandt und zerstört uns jungen Menschen Perspektiven“. Deshalb, so Gratz, würden sich die Jungen Liberalen mehr Schwaben im Gemeinderat wünschen. Gratz betonte, dass die Jungen Liberalen auch weiterhin als konstruktiv-kritischer Begleiter der Stachel im Fleisch der FDP sein werden. Diese Eigenschaft hob Armin Serwani, Kreisvorsitzender der FDP in Stuttgart, lobend in seinem Grußwort hervor.

Insgesamt erschienen knapp 30 Mitglieder und ebensoviele Gäste zur Jahreshauptversammlung am Mittwoch. Unter den Gästen konnten die Jungen Liberalen Dietmar Bachmann (Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg), Armin Serwani (Regionalrat und Kreisvorsitzender der FDP in Stuttgart), Ronald Geiger (Regionalrat), Jan Havlik (Sprecher des Landesverbandes Baden-Württemberg) und Leif Schubert (Vorsitzender der Jungen Liberalen Baden-Württemberg) begrüßen. Ein Grußwort gab es außerdem vom Kreisvorsitzenden der Jungsozialisten in Stuttgart, Dejan Perc.

Neben Sebastian Gratz wurden auch Mihael Duran (30) als stellvertretender Vorsitzender für Organisation, Raphael Riemann (23) als stellvertretender Vorsitzender für Finanzen und Katharina Goll (23) als stellvertretende Vorsitzende für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in ihrem Amt bestätigt. Das Amt des Vorsitzenden für Programmatik wurde mit Johannes Zeller (22) neu besetzt. Außerdem wurden Julia Debernitz (21), Philipp Gannon (15) und Alexander Janisch (26) als Beisitzer in den Vorstand gewählt. Alexander Schmidt (22) führt sein Amt als Beisitzer fort.

### Konservative Ignoranz ist Gift für Stuttgart 21

Zu den seniorenefeindlichen Äußerungen aus Kreisen der Union bezüglich der Bürgerproteste gegen Stuttgart 21 erklärt der Kreisvorsitzende der Jungen Liberalen Stuttgart, Sebastian Gratz (18) heute in Stuttgart:

„Diese schädliche Polemik geht in Fundamentallopposition zum konstruktiven Miteinander der Generationen. Die konservative Attitüde, inhaltliche Kritik pauschal, ignorant und undifferenziert abzutun und nicht mit positiven Argumenten entscheiden für Projekte einzustehen, erweist Stuttgart 21 einen Bärendienst. Die Ängste der Bevölkerung zu übergehen hat entscheidend zur Entstehung der breiten Protestbewegung geführt, die heute die Debatte bestimmt. Statt weiter mit konfrontativer Rhetorik gesellschaftliche Gräben zu öffnen brauchen wir mehr denn je die konstruktive, inhaltliche Auseinandersetzung um die Ausgestaltung des Bahnhofprojekts. Die Aufgabe der Politik muss es jetzt sein, die Menschen von den Vorteilen des Projektes Stuttgart 21 zu überzeugen und sie thematisch mitzunehmen, statt sinnlos gegeneinander aufzubringen.“

Sebastian Gratz

Kreisvorsitzender der JuLis Stuttgart  
Mitglied des Landesvorstands der JuLis Baden-Württemberg

## Impressum

FDP-Kreisverband Stuttgart  
Weißenburgstraße 29  
70180 Stuttgart  
Tel. 0711.62 15 84  
Tax. 0711.62 48 70  
E-Mail info@fdp-stuttgart.de

V.i.S.d.P. Armin Serwani  
Layout: Oliver Cibic

### Einladung der Liberalen Frauen

zur Veranstaltung am Donnerstag, den  
04.03.2010 um 19.30 Uhr

im Restaurant „Plenum“ im Landtag,  
Konrad-Adenauer-Str. 3, 70173 Stuttgart

### „Länger gemeinsam lernen?“ Das Für und Wider einer sechsjährigen Grundschule.

Es diskutieren:

Dr. Birgit Arnold, Bildungspolitische Sprecherin der  
FDP/DV Landtagsfraktion, Ulrike Brittinger, Leiterin  
des Staatlichen Schulamtes Stuttgart, Marco  
Bortolotti, Logopäde und Dipl.-Soz. Päd.

Die verlängerte Grundschulzeit – Königsweg oder  
Kapitulation für die Bildung? Was in anderen eu-  
ropäischen Ländern schon seit Jahren praktiziert  
wird, führt in Deutschland zu heftigen Diskussio-  
nen, quer durch alle Parteien!

Über die Vor- und Nachteile einer solchen Reform  
werden wir mit unseren drei ausgewiesenen Ex-  
perten aus Politik, Schulverwaltung und Praxis  
diskutieren.

Zukunftsorientierte Bildungspolitik profitiert und ist  
abhängig von Erfahrungswerten, Meinungen wie  
auch Analysen. Diskutieren auch Sie an diesem  
Abend mit den Experten!

Die Diskutanten freuen sich auf Ihre Überlegun-  
gen, Ihre Fragen! Wir freuen uns auf Ihr Kommen  
und Ihr Interesse!

Gabriele Heise  
Vorsitzende Bezirksvereinigung Stuttgart

### Einladung der Liberalen Senioren

Liebe Mitglieder und Freunde der LSI  
und der FDP,

ich möchte Sie herzlich einladen zum nächsten  
Jour fixe der LSI Region Stuttgart:

**Dienstag, 2. März 2010, 15 Uhr bis 17 Uhr,  
Club-Restaurant Stuttgarter Kickers,  
Königstraße 58, 70597 Stuttgart-Degerloch,  
Telefon: 0711 / 76 23 95**

Ich freue mich, Ihnen ankündigen zu können, dass  
Herr Stadtrat Dr. Günter Stübel, seit der Kommu-  
nalswahl 2009 Mitglied der Stuttgarter Gemein-  
deratsfraktion der FDP, über seine Arbeit im Gemein-  
derat und über Aktuelles aus dem Gemeinderat

berichten wird. Es wäre sehr schön, wenn das  
Gespräch mit Herrn Dr. Stübel, Mitglied der LSI,  
Ihr Interesse findet.

Winfried Schulz  
Vorstandsmitglied LSI

### Liberaler Initiative Mittelstand Pressemitteilung

Als ein Stück aus dem Tollhaus bezeichnete der  
Kreisvorsitzende der Liberalen Initiative Mittel-  
stand, Altstadtrat Reinhold Uhl, die von den Grün-  
nen geplante „Bettensteuer“ für Hotels.

Die Einnahmeausfälle für die Stadt Stuttgart aus  
der Senkung der Mehrwertsteuer auf 7% betragen  
einen Bruchteil der Einnahmen, die aus einer 5%-  
„Bettensteuer“ in den Stadtsäckel fließen würden.  
Die Stuttgarter Hotellerie generiert 70% ihrer Um-  
sätze mit Geschäftsreisenden, die die Kulturein-  
richtungen nicht oder kaum nutzen.

Mit der Logik der Grünen lässt sich die Abzocke  
der Bürger noch weiter ausbauen ... wie wäre es  
denn mit einer Mobilitätsabgabe für Taxifahrer für  
den öffentlichen Nahverkehr oder einer Bildungs-  
abgabe für alle Buchhändler, die ebenfalls nur 7%  
Mehrwertsteuer verrechnen, zur Sanierung der  
Schulen?

Jetzt ist die Stunde der Entlastungen für Bürger  
und Unternehmen um den Konjunkturaufschwung  
zu schaffen und nicht, wie die Straßenräuber, im-  
mer neue Steuern und Abgaben zu fordern, so der  
LIM-Vorsitzende Reinhold Uhl.

Rot, Rot-Grün gefährden durch ihre Umweltpolitik  
den Wirtschaftsstandort Stuttgart, so Uhl.

### Liberaler Initiative Mittelstand – Einladung

Die LIM Stuttgart lädt ein zum Wirtschaftsgespräch  
am 11. März 2010, 19:30 Uhr, Ratskeller Stuttgart,  
Marktplatz 1.

**Thema „Wirtschaftsförderung im Zeichen der  
Finanzkrise“ mit dem Wirtschaftsförderer der  
Landeshauptstadt Stuttgart Dr. Klaus Vogt.**

Ich freue mich auf Ihr Kommen.

Reinhold Uhl  
Kreisvorsitzender

### Der Kreisverband und die Redaktion wünschen Ihnen im neuen Lebensjahr viel Glück und Gesundheit.

**Michael Maisch**  
Stadtgruppe Sillenbuch  
02.03.1942 - 68 Jahre

**Dr. Werner Geissreither**  
Stadtgruppe Degerloch  
19.03.1935 – 75 Jahre

**Ilse Klingler**  
Stadtgruppe Weilimdorf  
07.03.1943 - 67 Jahre

**Dr. Margarethe Fischer**  
Stadtgruppe Botnang  
22.03.1926 - 84 Jahre

**Herbert März**  
Stadtgruppe Vaihingen  
08.03.1938 - 72 Jahre

**Dieter Göhlich**  
Stadtgruppe Ost  
23.03.1925 - 85 Jahre

**Rüdiger Berger**  
Stadtgruppe Bad Cannstatt  
11.03.1945 - 65 Jahre

**Helfried Lutz**  
Stadtgruppe Bad Cannstatt  
24.03.1940 - 70 Jahre

**Prof. Dr. Dr. Heinz Lübbe**  
Stadtgruppe West  
11.03.1941 - 69 Jahre

**Freimut Maass**  
Stadtgruppe Bad Cannstatt  
27.03.1945 - 65 Jahre

**Helmut Reusch**  
Stadtgruppe West  
11.03.1940 - 70 Jahre

**Eberhard Priebe**  
Stadtgruppe Süd  
31.03.1941 - 69 Jahre

**Ingeburg Haag**  
Stadtgruppe Degerloch  
12.03.1934 - 76 Jahre

### Inge Momm erhält Ehrenmünze der Stadt Stuttgart.

Beim traditionellen Neujahrsempfang der Bezirksbeiräte Plieningen und Birkach am  
25.01.2010 erhielt Inge Momm vom Bezirksvorsteher Edgar Hemmerich die Ehrenmünze  
der Stadt Stuttgart für ihr langjähriges ehrenamtliches Engagement. Inge Momm war 10  
Jahre 2. Vorsitzende des Vereins Umweltschutz Asemwald e.V. und ist an vorderster Front  
der Lokalen Agenda seit deren Bestehen aktiv. Außerdem gehört sie dem Bezirksbeirat  
Birkach mit einer Unterbrechung seit 1989 an.

Die FDP-Stadtgruppe Plieningen-Birkach gratuliert ihrem Mitglied und früheren Vorsitzen-  
den Inge Momm ganz herzlich zu dieser Auszeichnung. „Inge Momm ist eine große Libera-  
le, sie hat für Birkach und Plieningen viel auf den Weg gebracht, wir sind ihr sehr dankbar  
für ihren aktiven Einsatz“, so der Vorsitzende Alexander Brecht.

## TERMINE

### Kreisvorstand

Di. 23.03.10 18:00 Kreisvorstandssitzung, Ratskeller

### Kreisverband

Di. 23.03.10 19:30 Jahreshauptversammlung, Ratskeller Saal, Marktplatz 1

### Stadtgruppen

Mo. 08.03.10 19:30 Nord, Ristaurante Il Capriccio, Presselstraße 23

Di. 11.03.10 19:30 Plieningen/Birkach, Zehntscheuer Plieningen

Mi. 17.10.10 19:30 Süd, Gaststätte Emilie, Mozartstraße 49

Do. 25.03.10 Degerloch, Ostereier bekleben

Sa. 27.03.10 Degerloch, Infostand, Wochenmarkt

Di. 30.03.10 19:00 Bad Cannstatt, Kursaal, Taubenheimzimmer, Jahreshauptversammlung

### Junge Liberale - JuLis

Di. 09.03.10 19:00 Kreisvorstandssitzung, Geschäftsstelle

Do. 18.03.10 17:00 Gedankenaustausch mit der Gemeinderatsfraktion

### Liberales Frauen - LIF

Do. 04.03.10 19:30 „Länger gemeinsam lernen – Für und Wider der Verlängerung einer sechsjährigen Grundschule“ mit Dr. Birgit Arnold MdL, Bildungspolitische Sprecherin; Ulrike Brittinger, Leiterin Staatliches Schulamt Stuttgart; Marco Bartolotti, Logopäde und Dipl.-Soz.-Prädagoge, Restaurant Plenum im Landtag, Konrad-Adenauer-Straße 3

### Liberales Initiative Mittelstand – LIM

Mo. 08.03.10 19:00 Kreisvorstandssitzung, Ratskeller, Marktplatz 1

Do. 11.03.10 19:30 Veranstaltung mit Dr. Klaus Vogt, Leiter der Wirtschaftsförderung der LH Stuttgart, Ratskeller, Marktplatz 1

### Liberales Senioren Initiative – LSI

Di. 02.03.10 15:00 Jour fixe, Clubrestaurant Stuttgarter Kickers, Königstraße 58, Degerloch